

Hindenburg ohne Alternative

Reichspräsident Paul von Hindenburg war im Juli 1932 noch im Amt, weil Reichskanzler Heinrich Brüning am 10. April 1932 die Wiederwahl Hindenburgs betrieben hatte, um Hitlers Berufung in das höchste Staatsamt zu verhindern: Hindenburg erhielt 53, Hitler 36,8% der Stimmen.

Doch Brüning wurde wenige Monate nach der Präsidentenwahl von Hindenburg entlassen. Des Kanzlers Politik, die nicht ohne Erfolg die Sanierung der deutschen Wirtschaft plante, hatte angeblich die Interessen der Landwirtschaft im deutschen Osten – hauptsächlich der preußischen Junker – nicht genügend begünstigt. In seinen Memoiren hielt Brüning später fest, er sei kurz vor einem Erfolg gestürzt worden. Allerdings hatte Hindenburg schon immer vorgehabt, ein rechtsgerichtetes Präsidialkabinett zu ernennen.

Die politischen Parteien, hauptsächlich die, welche die erste deutsche Republik geschaffen hatten, versagten, als es schwierig wurde, das heißt in der 1929 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise.

Als der letzte sozialdemokratische Kanzler der Weimarer Republik, Hermann Müller, am 27. März 1930 aufgab, weil ihm, wie es in der SPD öfter geschieht, diese die Gefolgschaft versagte, hatten die politischen Parteien ausgespielt.

Unter dem Eindruck des Wahlerfolgs der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) ruft Müller die Sozialdemokraten im September 1930 auf, die bürgerliche Regierung unter Heinrich Brüning zu unterstützen.

Zwar arbeitete auch Brüning nach demokratischen Grundsätzen, aber seine Politik wurde nicht vom Parlament getragen, sondern basierte auf besonderen Vollmachten des Reichspräsidenten, im Wesentlichen den Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung.

In dem die Weimarer Republik von Anfang an gefährdenden dualistischen Verhältnis zwischen den Kompetenzen des Parlaments und denen des Reichspräsidenten hatten die letzteren die Oberhand erlangt.

Das wurde am 20. Juli 1932 deutlich, als in Preußen, einem in den

ganzen Jahren zweifellos demokratisch regierten Land, drei Tage nach dem berüchtigten „Altonaer Blutsonntag“, durch einen Staatsstreich der seit 1920 als Ministerpräsident wirkende Otto Braun von Franz von Papen abgesetzt wurde; dieser machte sich selbst zum „Reichskommissar für Preußen“.

Vom ersten Tag seines Regierungsantritts an hatte Papen die von Hindenburg und dessen Beratern gewünschte „rechte“ Politik betrieben.

Sein „Kabinett der nationalen Konzentration“ arbeitete ohne parlamentarisches Mandat. Schon am 4. Juni konnte er zusammen mit dem inzwischen Reichswehrminister gewordenen Schleicher den Reichspräsidenten davon überzeugen, das Parlament aufzulösen.

Am 12. Juni annullierte er das von Brüning nur zwei Monate vorher erlassene Verbot der nationalsozialistischen Wehrverbände SS und SA. Auf der Lausanner Konferenz (17. Juni bis 9. Juli) heimste er die von seinem Vorgänger erkämpfte Begrenzung der deutschen Reparationsschulden ein.

Am 31. Juli 1932 wurde ein neuer Reichstag gewählt. Zum ersten Mal wurde dabei die NSDAP stärkste Partei. Hitler jedoch lehnte es ab, Vizekanzler in Papens Kabinett zu werden.

In völliger Fehleinschätzung der Verhältnisse wollte der Kanzler den „Führer“ und seine Gefolgschaft durch Einbindung in die Verantwortung zähmen. Ihm schwebte eine „Diktatur auf nationaler Grundlage“ vor unter „Heranziehung und sinnvoller Eingliederung der nationalen Rechten und der Nationalsozialisten.“

Hitler aber wollte die ganze Macht, die er auch ein halbes Jahr später bekam.

Ebenso verhängnisvoll wie der Sieg der Nazis war am 31. Juli 1932 die Tatsache, dass bei diesen Wahlen die erbittertsten Gegner der parlamentarischen Demokratie, also neben der NSDAP die Kommunisten, zusammen mehr Abgeordnetensitze errangen als alle anderen Parteien miteinander.

Das dreizehn Jahre vorher in Weimar so hoffnungsvoll gestartete Projekt einer freien Demokratie war am Ende.

Tatsächlich bot im Januar 1933 der ehemalige Reichskanzler Franz von

Papen - von Hindenburg mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt - Hitler in einem Geheimtreffen die Kanzlerschaft in einem national-konservativen Kabinett an. Nur für wenige Monate, so die verhängnisvolle Fehleinschätzung vieler konservativer Politiker, sollte die NSDAP mit ihrer Massenbasis dem am 30. Januar 1933 eingesetzten Kabinett der "nationalen Konzentration" unter Reichskanzler Hitler parlamentarisch den Rücken freihalten, bevor die NSDAP politisch verschlissen sei.

Zusammen mit vielen seiner Gesinnungsgenossen glaubte Papen, die NSDAP sei eine der Rechten zugehörige Partei. Aber obwohl sie in ihren Aufbaujahren sowohl einen nationalen als einen sozialistischen Flügel hatte, war diese Partei alles andere als konservativ, wollte es auch gar nicht sein. Sie war vielmehr ein politischer Block, der die Menschenrechte missachtete und jedes ihm nicht gefallende Gesetz außer Kraft setzte.

Papen begriff das wohl nie; die meisten Deutschen haben es zu spät erkannt.